

| Mehr Traute. Mehr Solidarität

Susanne Gerull und Stefan Pospiech im Gespräch

Susanne Gerull (SG) ist Professorin für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit den Schwerpunkten Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und niedrigschwellige Sozialarbeit an der Alice Salomon Hochschule (ASH) Berlin. Sie vertritt die ASH in der Landesarmutskonferenz (lak) Berlin, ist Mitglied des SprecherInnenrats und Sprecherin der Fachgruppe „Armutsbegriff“. Sie blickt auf eine insgesamt 15-jährige Erfahrung als Sozialarbeiterin in der Wohnungslosenhilfe zurück. Der Diplom-Politologe Stefan Pospiech (SP) arbeitete zunächst in der Krankenpflege. Im Jahr 2004 begann er seine Mitarbeit bei der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, die damals noch Gesundheit Berlin hieß. Seit 2011 ist er Geschäftsführer von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. Für den Info_Dienst (ID) sprach mit Beiden Marion Amler.

ID: Beginnen möchte ich das Gespräch mit einer Begriffsbestimmung von Armut. Frau Prof. Gerull, ich möchte Sie bitten, zunächst kurz zu schildern, was Armut in Deutschland bedeutet und welche Dimensionen es umfasst.

SG: Eine universelle Definition von Armut kann es nicht geben. Es kommt vielmehr darauf an, welche Intention ich damit verfolge. Eine Bundesregierung beispielsweise hat eine andere Definition von Armut als Sozialarbeiter*innen oder auch Betroffene.

Monetäre Einkommensarmut ist ein Schlüsselmerkmal für Armut und beeinflusst alle anderen Dimensionen. Aber Armut ist sehr viel mehr als das. Mehr als die Summe, die als Regelsatz beim ALG II gezahlt wird und mehr als die 60 Prozent-Regelung der EU: wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens hat, gilt als armutsgefährdet. In der Präambel der Satzung der Lan-

desarmutskonferenz (lak) Berlin – und so verstehe auch ich als Wissenschaftlerin in der Armutsforschung den Begriff – wird Armut als Kumulation von Unterversorgungslagen und sozialen Benachteiligungen definiert. In der Regel ist sie mit Einkommensarmut verbunden, aber ich denke zum Beispiel an einen älteren wohnungslosen Menschen, der auf der Straße lebt, psychisch krank und vollkommen sozial isoliert ist, aber aufgrund einer Erwerbsunfähigkeitsrente alle Grenzen von Einkommensarmut sprengt. Auch er ist arm.

Armut lässt sich nicht vollständig objektivieren. Zwar ist beispielsweise Arbeitslosigkeit ein ganz wichtiger Indikator für Armut, aber es gibt auch selbstbestimmte Arbeitslosigkeit. Also muss ich immer ganz individuell gucken. Einige Menschen leben zwar ganz bescheiden, empfinden sich aber nicht als arm. Deswegen kann ich mich dem Begriff auch nur nähern, indem ich den Blickwinkel kläre.

SP: Das ist auch für den Bereich der Gesundheitsförderung sehr interessant, denn im Präventionsgesetz beispielsweise werden vulnerable Zielgruppen benannt: ältere Menschen, Migrantinnen und Migranten, behinderte Menschen, arbeitslose Menschen. Das sind Zuschreibungen, die riesige Bevölkerungsgruppen betreffen. Ohne den von Ihnen erwähnten individualisierenden Blick können wir Angebote, Maßnahmen oder auch politische Strategien gar nicht auf die Bedarfe herunterbrechen.

Wenn wir Projekte planen, tun wir das nicht, indem wir uns am Armutsbegriff und an der 60 Prozent-Regel orientieren. Sondern wir versuchen, in bestimmten Sozialräumen Bedarfe zu erheben, die die Menschen dort wahrnehmen, und uns daran zu orientieren. Deshalb finde ich die Loslösung vom „amtlichen Begriff“ sehr passend.

„Armut wird als Kumulation von Unterversorgungslagen und sozialen Benachteiligungen definiert. Monetäre Einkommensarmut ist ein Schlüsselmerkmal. Aber Armut ist sehr viel mehr als das!“

SG: Es gibt mindestens zwei Ebenen der Armutsbekämpfung. Es gibt einerseits eine politische und administrative Verantwortung, für politische Rahmenbedingungen zu sorgen. Dann gibt es auf der anderen Seite sogenannte Unterstützungsangebote. Und beides muss natürlich da sein! In meiner Studie zur Wohnungsversorgung ist dies sehr deutlich geworden. Natürlich ist es wunderbar, wenn ein sogenannter Sozialmakler eines freien Trägers einem wohnungslosen Menschen eine Wohnung organisiert. Aber eigentlich ist doch Wohnen ein Menschenrecht! Und eigentlich muss doch das Land Berlin die Rahmenbedingungen schaffen, dass jede*r eine Chance auf eine Wohnung hat! Genauso sehe ich das in den Bereichen Arbeit, Bildung etc. Ansonsten ist Sozialarbeit nur systemerhaltend.

SP: Vor diesem Paradoxon stehen wir auch. Wir erreichen mit den Angeboten, wenn sie nicht auf die Bedarfe im Sozialraum ausgerichtet sind, ja zumeist andere Bevölkerungsgruppen, was wir unter dem Begriff „Präventionsdilemma“ zusammenfassen. Ein wunderbares Kitaprojekt wird – wenn die Familie z. B. in beengten Wohnverhältnissen und in existentiellen Notlagen lebt – nur in bescheidenem Ausmaß die Lebenslage der Kinder verbessern. Aber: Wir müssen uns trotzdem bemühen, die Lebenswelt gesundheitsförderlich zu gestalten, denn wir können nicht darauf warten, dass sich die Rahmenbedingungen verbessern.

SG: Ganz unterschiedliche Bereiche kommen ja – wenn Sie den Begriff Familie erwähnen – dort zusammen. Diese werden leider in Deutschland wie auch in Berlin total

“ Mit einer Rente von 750 Euro kann man auf keinen Fall gut leben, es reicht gerade zum Überleben. Von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bin ich praktisch ausgeschlossen. Ich würd gern mal schwimmen gehen oder ins Kino ... Das ist ausgeschlossen.

- Uwe, 55 Jahre ”

Zitat aus **LEBEN TROTZ ARMUT:**
<https://youtu.be/Wu4lpUvCM5U>

versäult und für sich allein gedacht. Das ganzheitliche Denken muss auch in Regierungsverantwortung umgesetzt werden. Hier setzt die integrierte Armut- und Sozialberichterstattung an. Diesen Ressortblick der einzelnen Senatsverwaltungen habe ich nie verstanden.

SP: Diese Erfahrung machen wir auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene auch. Wir verfolgen mittlerweile den Ansatz, nicht ein Projekt nach dem nächsten in der Kommune zu implementieren. Vielmehr unterstützen wir die kommunal zuständigen Personen in ihrem Bemühen, gemeinsam eine integrierte kommunale Strategie zu entwickeln. Weil sonst zum Teil Fördermittel unspezifisch zum Einsatz kommen: die Verwaltung für Inneres fördert den Sport, Gesundheit entwickelt eine Bewegungsstrategie, Bildung muss das Thema dann auch noch einmal setzen... Wenn hier Koordination und Abstimmung fehlen, dann fließt wirklich viel Geld nebeneinander. Es gibt, gerade in Hinblick auf die erwähnten Programme, vielversprechende Ansätze der ressortübergreifenden Abstimmung, aber die Überwindung des Ressortdenkens ist ein dicker Brocken.

„Ich würde mir wünschen, dass wir über den Armutsbegriff wieder zu einer Debatte kommen: „Was muss der Staat eigentlich leisten?““

Mit dem Präventionsgesetz verbanden sich große Hoffnungen, doch stellte sich zunächst vielerorts Ernüchterung ein. Schwierig ist, dass die zusätzliche finanzielle Verantwortung allein an die gesetzlichen Krankenkassen übergeben wurde. Zehn Jahre mussten Krankenkassen den Wettbewerb lernen und haben dies im Bereich der Prävention auch genutzt. Jetzt sagt der Gesetzgeber plötzlich, im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung lasst ihr den Wettbewerb weg, konzentriert euch auf Chancengleichheit, arbeitet zusammen und setzt eure Mittel solidarisch ein. Dass das nicht so funktioniert, wie man einen Schalter umlegt, ist keine große



Vielleicht sollte Gesundheitsförderung ihre Anstrengungen künftig stärker konzentrieren auf die Förderung von Solidarität und weniger auf den Verzehr von Salat.

- Bettina Schmidt, 2009

„Gesundheit solidarisch gestalten.“ Unter diesem Motto findet der Kongress Armut und Gesundheit in diesem Jahr zum 22. Mal statt. Die Workshops und Panels kreisen um das Thema der solidarischen Ausgestaltung von Gesundheit. Dabei werden die Spannungsverhältnisse zwischen Eigenverantwortung, Wettbewerb, persönlicher Freiheit und Solidarität ausgelotet. Ganz bewusst distanziert sich das Konzept der Solidarität dabei vom Trend der „Gesundheitsoptimierung“, von der „reinen Verhaltensprävention“ und von der auf das Individuum zentrierten Perspektive auf Gesundheit und ihre Förderung. Mehr unter www.armut-und-gesundheit.de

Überraschung. Doch man darf die Hoffnung nicht verlieren: ein Strategiewechsel ist erkennbar. Dieser ist auch notwendig, denn sonst bleibt das Präventionsgesetz Symbolpolitik.

Sehen Sie – mit Ihrer Erfahrung in der Sozialarbeit – einen Abbau von Solidarität in unseren sozialen Sicherungssystemen?

SG: Da, wo strukturelle Rahmenbedingungen sich verschlechtern, wie auf dem Wohnungsmarkt, fabriziere ich natürlich eine Konkurrenz unter den benachteiligten Gruppen. Wir diskutieren das in der Wohnungslosenhilfe ganz intensiv: die Konkurrenz zwischen Wohnungslosen, Geflüchteten und Menschen, die aus der EU zu uns kommen, die eigentlich formal komplett zur Wohnungslosenhilfe gehören. Aber nicht nur die Einrichtungen haben viele Schwierigkeiten, alles zu leisten. Sie müssen außerdem aufpassen, ob sie ihren „Zweckszweck“ bei den Zielgruppen noch erfüllen, um keine Schwierigkeiten zu bekommen. Aber auch die Konkurrenz, die unter Wohnungslosen und Geflüchteten entsteht, ist ganz ganz bitter. Wo geflüchtete Menschen Ausgrenzungserfahrungen von Wohnungslosen erleben. Es gibt einen Aufsatz in der „wohnunglos“ mit dem Titel „Die Polen essen uns die Suppe weg“ von Marie-Therese Reichenbach, die von diesen Haltungen berichtet. Da sehe ich schon auch eine politische und mediale Mitverantwortung. Das erinnert an die Zeiten der Einführung von Hartz IV, als die Politik sich rhetorisch mächtig aus dem Fenster gelehnt und Diskriminierungen selbst lanciert hat.

SP: Ich finde die Frage interessant, wie die Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge von staatlicher Seite her definiert wird. Die Wohnungspolitik ist ein gutes Beispiel: wie viele Kommunen haben in den letzten Jahren ihre kommunalen Wohnungsbestände verkauft und mieten jetzt für viel Geld bei kommerziellen privaten Anbietern Wohnraum zurück. Es war aber eine bewuss-

te politische Entscheidung: den Staat schlanker zu machen. Dasselbe sehen wir bei der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen. Dass nämlich der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) immer weiter abgebaut wurde, dass er die Pflichtaufgaben, die er laut Gesetz hat, angesichts eines großen Bedarfes beim Infektionsschutz, bei Impfungen etc., nicht mehr wahrnehmen kann. Da würde ich mir wünschen, dass wir über den Armutsbegriff wieder zu einer Debatte kommen: Was muss Staat eigentlich leisten?

SG: Das Wichtige ist, dass es in beide Richtungen geht. Von den benachteiligten Gruppen wird dann auch noch verlangt: „Nun seid ihr doch mal solidarisch!“ Um ein weiteres Beispiel aus der Wohnungslosenhilfe anzubringen: Es gibt in Deutschland einen Unterbringungsanspruch. Das ist rechtlich festgelegt. Wenn nichts anderes da ist, dann steht Wohnungslos – überspitzt formuliert – die Präsidentensuite im Adlon zu. Anstatt die Menschen abzuweisen und in den Tiergarten zu schicken. Das wird momentan mit Füßen getreten, weil Politik und Administration immer nur re-agieren auf solche Notsituationen.

Und das genau ist unser Ansatzpunkt bei einer integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung: Wenn wir eine Datenbasis haben, bei der wir mit ganzheitlichem Blick gucken können, was es für Notlagen und Ressourcen es gibt, können wir vorausschauend und strategisch planen. Ansonsten rennen wir den Entwicklungen hinterher und dann kitten wir nur mit sozialer Arbeit und Gesundheitsversorgung. Und letztendlich kostet das alles dann auch noch sehr viel mehr.

SP: Oft handelt es sich ja nicht um ein Erkenntnisproblem. Wir haben schon über Datenlagen gesprochen, wir haben über Rechtsansprüche gesprochen, die verankert sind. Nichtsdestotrotz werden entweder die Rechtsansprüche nicht erfüllt oder die Datensätze nicht zur Kennt-

nis genommen. Oder aber sie führen nicht in entsprechende politische Strategien. Was ist Ihr Ansatz? Wie kann man diesen Menschen und ihren Bedarfen mehr Gewicht verschaffen? Das ist ja immer das Anliegen des Kongresses Armut und Gesundheit: Themen auf die Agenda zu setzen, die sonst keine Lobby haben.

„Natürlich können wir – Wissenschaft, Sozialarbeit, (durchaus auch bezahlte) Lobbygruppen, Wohlfahrtsverbände z. B. – auch Druck erzeugen. Es ist schade, dass da so wenig Traute vorhanden ist.“

SG: Ganz politisiert würde ich sagen, dass Politik unter Druck gesetzt werden muss. Da vermisse ich manchmal in der Sozialen Arbeit das politische Mandat. Ehe ich das 15. Positionspapier schreibe, könnte ich auch überlegen, etwas zu tun, was Politik zum Handeln zwingt. Das gelingt bei anderen Gruppen besser. Menschen mit Behinderung zum Beispiel haben eine recht starke Lobby. Manche Benachteiligte wechseln evtl. auch in Lager, die wir nicht gern mit in unser Boot holen wollen. Aber solange kein Druck da ist, solange bestimmte Menschen aufgrund ihrer Armutserfahrung und aufgrund ihrer Erfahrung, dass sie doch nichts bewirken können, auch nicht wählen gehen ... Da muss Druck aufgebaut werden. Und natürlich können wir – Lobbygruppen, Wissenschaft, Sozialarbeit, durchaus auch bezahlten Lobbygruppen: Wohlfahrtsverbände usw. – auch Druck erzeugen! Es ist schade, dass da so wenig Traute vorhanden ist. Wenn die Wohnungslosenhilfe mal für eine Woche ihre Türen schließen würde ...

SP: Aus meinen eigenen Erfahrungen in der Krankenpflege weiß ich, dass Streiken sich sehr schwierig gestaltet, weil das Wohl der Patient*innen immer an erster Stelle steht. Auch die Mitarbeitenden der Sozialen Arbeit fühlen sich ihrem Klientel gegenüber ethisch sehr verpflichtet.

SG: Nun müssen ja nicht gleich alle Patient*innen von der Herz-Lungen-Maschine abgekabelt werden und zum Roten Rathaus rollern [lacht]. Es gibt auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel der Öffentlichkeitsarbeit. Alle zwei Jahre z. B. gibt es die Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe. Die Abschlussveranstaltung 2015 wurde vor dem Brandenburger Tor abgehalten. Da haben wir einen Flashmob mit Wohnungslosen, mit Sozialarbeitenden und den Tagungsteilnehmenden gemacht. Und das war so beeindruckend! Hunderte von Menschen haben sich auf den Pfiff einer Trillerpfeife auf den Boden gelegt und Schilder hochgehalten. Mit diesem Bild waren wir überall in der Presse. Natürlich reicht eine einmalige Aktion nicht. Und natürlich ... ich schreibe gern Positionspapiere. Aber so etwas Leibliches, Handhabbares, wo die

Betroffenen einbezogen werden, ist wunderbar und oft viel wirksamer.

SP: Sollten sich Organisationen nicht stärker zusammenschließen, um den Druck auf vielen Schultern zu verteilen?

SG: Ein Zusammenschluss zwischen bezahlten Akteuren, NGOs und auch zivilgesellschaftlichen Gruppen wäre extrem fruchtbar. Aber auch dort gibt es mitunter Konkurrenz und nicht viel Solidarität, wenn zivilgesellschaftliche Gruppen sagen: „Ihr seid doch die hochbezahlte Wohnungsnotfallhilfe! Ihr seid nicht bei unseren Demos und ihr blockiert nicht die Zwangsräumung, sondern verfasst eine Broschüre in leichter Sprache, wie man sich beim Sozialamt seine Mietschulden übernehmen lässt.“ Aber ich glaube tatsächlich, dass dieser Zusammenschluss eine Lösung wäre, denn jede*r Einzelne ist natürlich ohnmächtig und kann sich nicht weit aus dem Fenster lehnen.

SP: Das betrifft die Solidarität der Träger untereinander. Deshalb sind freiwillige Zusammenschlüsse wie die lak ein guter Weg, um eine solche Solidarität zu schaffen.

ID: Als abschließende Frage möchte ich gern noch von Ihnen erfahren, was Sie sich von der neuen Berliner Landesregierung erhoffen?

SP: Der Koalitionsvertrag liest sich nicht nur für das Thema Prävention und Gesundheitsförderung vielversprechend. Gleichzeitig ist es natürlich das Eine, eine ganzheitliche Vision aufzuschreiben. Aber in der Umsetzung das Ressortdenken zu überwinden und vielleicht dem Nachbarressort, auch wenn es nicht von derselben Partei geleitet wird, einen Erfolg zu gönnen, das Andere. Durch Kooperation entsteht vielleicht der größere Gewinn für das Nachbar-Ressort. Und das politisch auszuhalten und nicht nur zu schauen, wie sich das eigene politische Mandat nutzen lässt, ... Wenn das wirklich ein neuer Politikstil würde – der momentan verspochen wird in dieser Regierung – das wäre gut.

SG: Auch ich bin vorsichtig optimistisch, obwohl ich nach der Holm-Affäre kurz bezweifelte, ob die Koalition überhaupt bis zum Sommer hält. Meines Erachtens ist der Koalitionsvertrag doch sehr viel konkreter als die früheren formuliert. Sehr konkrete Dinge wie „integrierte Armuts- und Reichtumsberichterstattung“ oder „Einführung einer Wohnungslosenstatistik“. Und das macht mich insofern optimistisch, als dass man natürlich damit eine ganz andere Handhabe hat. Dass einen die Macht des Faktischen mitunter in der praktischen politischen Arbeit umhaut, ist völlig normal. Aber was ich auf Facebook wahrnehme, und aus Gruppen, denen ich auch angehöre oder nahestehe, stimmt mich optimistisch.